



Flutopfer haben Anspruch auf psychologische Hilfe

Das Ahrtal erscheint mittlerweile "aufgeräumt". Leerstand und Behelfsbrücken bestimmen nun das Bild. Doch für viele Flutopfer, auch in NRW, steht die psychologische Nachsorge an. Manche Experten rechnen mit steigender Nachfrage.

Michael Bosse

Düsseldorf, Bonn (epd). Die Arbeiten zum Wiederaufbau der beim Hochwasser zerstörten Ortschaften in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz gehen voran. Auch wenn viele Anwohner sich vermutlich mehr Tempo bei den Aufräum- und Reparaturmaßnahmen gewünscht hätten, so gibt es doch Fortschritte: Brücken sind wieder frei, Autobahnen wieder befahrbar, die Versorgung mit Strom und Wasser wird hergestellt. Doch das sind „nur“ die äußeren Schäden, die sich beseitigen lassen. Die psychischen und seelischen Schäden sind dagegen vermutlich deutlich schwerer zu „reparieren“.

Deshalb warnt zum Beispiel der leitende Notfallpsychologe des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), Wolfgang Heiler, vor den psychischen Folgen der Flutkatastrophe. Zu den möglichen Symptomen gehörten unter anderem Herzrasen, Unruhezustände, Gereiztheit oder erhöhte Ängstlichkeit, erklärt er. Nach seinen Angaben gibt es bei bis zu 30 Prozent der Menschen, die eine solche Naturkatastrophe erlebt haben, ein erhöhtes Risiko für eine sogenannte Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS).

Und das Netzwerk Flutopferhilfe Rheinland-Pfalz und NRW verweist unter anderem auf Symptome wie Taubheits- oder Ohnmachtsgefühle, Verzweiflung oder Verwirrung, Panikempfinden, starke Trauer- oder Wutgefühle. Auch Zittern, Schlafstörungen, Alpträume oder depressive Stimmungen könnten bei Menschen nach dem Erleben des Hochwassers auftreten.

Das Land NRW bietet den Betroffenen Unterstützung und Hilfe. Nur wenige Tage nach dem Unwetter von Mitte Juli wurden die Traumaambulanzen der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland für die Betroffenen der Flutgebiete geöffnet, das Land sagte die Übernahme der Kosten für fünf Behandlungen zu. Das Angebot gilt bis Ende des Jahres.

Die Traumaambulanzen, die normalerweise als Anlaufstellen für die Akutversorgung von Betroffenen insbesondere von Gewalt- und Sexualstraftaten gedacht sind, können ohne formalen Antrag aufgesucht werden. Das soll den Betroffenen schnelle Hilfe ermöglichen - betragen doch die Wartezeiten für einen Termin zur Behandlung in einer psychotherapeutischen Praxis für einen Kassenpatienten ansonsten schnell einmal mehrere Monate. Zudem verzeichnen die psychotherapeutischen Praxen wegen der Corona-Pandemie ohnehin einen teilweise deutlichen Anstieg der Nachfrage.

Bei den Unwettern in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen kamen laut bisheriger Bilanz rund 190 Menschen ums Leben. Bislang haben nach Angaben des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) rund 70 Betroffene die Hilfe der psychiatrischen Kliniken des Verbandes in Anspruch genommen oder lassen sich dort aktuell betreuen. Gut die Hälfte davon wurden oder werden in der LVR-Klinik Bonn behandelt.

In der LVR-Klinik Bonn arbeitet auch Alida Fecht als psychologische Psychotherapeutin. Sie hat bislang etwa ein halbes Dutzend Patientinnen und Patienten behandelt. Das Altersspektrum reiche von Anfang 20 bis Mitte 50, sagt sie im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). In der Regel litten die Patienten unter „posttraumatischem Stress“, weil sie zum Beispiel Angehörige verloren hätten oder in einer lebensbedrohlichen Situation waren, als das Wasser stieg.

Die Menschen müssten mit dem Gefühl fertig werden, dass die Welt unsicher geworden sei und sich ihrer eigenen Hilflosigkeit stellen, berichtet Fecht. Zudem fiel es manchem schwer, zu akzeptieren, dass es bei einer Naturkatastrophe - anders als bei einem Unfall oder einer Straftat - keinen unmittelbar Schuldigen gebe. Menschen stellten sich dann oft die Frage: „Warum passiert das ausgerechnet mir?“ Laut Fecht geht die Nachfrage nach der Behandlung in den Traumaambulanzen mittlerweile zurück. Derzeit hat sie noch zwei Patienten in Behandlung. Offenbar sei der Bedarf derzeit nicht mehr ganz so hoch wie im Sommer.

Anlass zur Entwarnung gibt es nach Ansicht von Andreas Pichler, dem Vizepräsidenten der Psychotherapeutenkammer NRW, gleichwohl nicht. „Wir treten in Phase zwei ein“, sagt er. Viele Betroffenen kämen erst jetzt - Wochen nach dem Unglück - zur Ruhe, würden sich ihrer Verluste bewusst und litten an traumatischen Erfahrungen. Die Zahl der behandlungsbedürftigen Patienten in den psychotherapeutischen Praxen könnte gerade in den Wintermonaten noch deutlich zulegen. „Diese Entwicklung darf man nicht unterschätzen“, sagt Pichler, der selbst eine Praxis in Königswinter betreibt.

Die Akutbehandlung durch die Traumaambulanzen der Landschaftsverbände sei wichtig, die bis zu fünf von der Landesregierung übernommenen Behandlungen pro Patient reichten aber vermutlich nicht aus, sagt Pichler. Hier müsse ein breiteres Angebot an Behandlungsmöglichkeiten geschaffen werden, das schnell hilft und in das auch Privatpraxen eingebunden werden sollten. „Wir können jetzt nicht warten, bis die Hütte brennt.“

epd-West bos fri

© 1995-2021 epd (Evangelischer Pressedienst). Nutzung nur im Rahmen der schriftlichen Vereinbarungen.